S 27 RJ 914/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette

1. Instanz

Aktenzeichen S 27 RJ 914/99
Datum 09.05.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 RJ 53/00 Datum 30.04.2003

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der Klägerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 9. Mai 2002 wird zurückgewiesen. AuÃ∏ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die KlĤgerin beansprucht eine Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit.

Die 1952 geborene Klägerin hat eine Berufsausbildung nicht erhalten. Sie arbeitete ausweislich des Sozialversicherungsausweises seit 1968 als ungelernte Arbeiterin in verschiedenen Betrieben und verschiedenen Branchen im Beitrittgebiet, zuletzt als Hilfsgalvaniseurin, Postzustellerin, Fahrgastbetreuerin und schlieÃ□lich vom 1. Dezember 1992 bis 30. Juni 1994 als Verkaufskraft bei der P. Seit dem 8. Juli 1994 bezieht sie Leistungen von der Bundesanstalt fù⁄₄r Arbeit, unterbrochen durch einen Kuraufenthalt vom 23. Juli bis 20. August 1996 und Zeiten des Krankengeldbezuges vom 30. Januar bis 11. Mai 1997 und 28. Mai bis 9. Juni 1999.

Im August 1998 beantragte die KlĤgerin die GewĤhrung einer Rente unter

Hinweis auf ihren Gesundheitszustand und gab dazu an, unter Rückenschmerzen und Zittern der HĤnde zu leiden. Die Beklagte zog die Unterlagen zu dem vorangegangenen Rehabilitationsverfahren bei und nahm neuere medizinische Unterlagen zur Akte. Sie veranlasste anschlieÃ⊓end ein Gutachten vom 23. Oktober 1998 durch den Sozialmediziner Dr. H, der bei der KlÄxgerin ein HWS/LWS-Syndrom bei Fehlhaltung und degenerativen VerÄxnderungen sowie einen Tremor feststellte und unter Beachtung der daraus resultierenden Beschwerden die Klägerin noch für fähig hielt, leichte bis mittelschwere Arbeiten in allen Haltungsarten mit geringen qualitativen EinschrĤnkungen vollschichtig zu verrichten. AuÄ∏erdem veranlasste die Beklagte auf seinen Hinweis die Erstattung eines neurologisch/psychiatrischen Gutachtens vom 17. November 1998 durch Dr. Sch, die ausfļhrte, bei der KIĤgerin IĤgen ein HWS- und LWS-Syndrom ohne neurologische Defizite bei degenerativen VerĤnderungen, ein Tremor bei Verdacht auf extrapyramidale Erkrankung und eine Polyneuropathie leichter AusprĤgung unklarer Genese (durch EMG bestÃxtigt) vor. Die Gutachterin hielt die KlÃxgerin noch für fähig, körperlich leichte Arbeiten in wechselnder Körperhaltung, überwiegend im Sitzen mit gewissen qualitativen EinschrĤnkungen vollschichtig zu verrichten. Dementsprechend lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 23. November 1998 den Rentenantrag ab und blieb auch nach Durchsicht der im Widerspruchsverfahren vorgelegten weiteren Unterlagen durch ihren beratungsÄxrztlichen Dienst bei ihrer ablehnenden Entscheidung (Widerspruchsbescheid vom 31. MAxrz 1999).

Hiergegen hat sich die Klägerin mit ihrer zum Sozialgericht (SG) Berlin erhobenen Klage gewandt, mit der sie weiterhin eine Rente beansprucht, weitere Unterlagen vorgelegt und ergänzend darauf verwiesen hat, dass sie nach einer durch das Sozialamt veranlassten amtsärztlichen Untersuchung fýr erwerbsunfähig befunden worden sei.

Das SG hat die Schwerbehindertenakte beigezogen sowie Befundberichte der behandelnden Ä $_{\parallel}$ rzte eingeholt und anschlie $_{\parallel}$ end eine Untersuchung und Begutachtung der Kl $_{\parallel}$ agerin durch den Facharzt f $_{\parallel}$ 4r Psychotherapeutische Medizin und Innere Medizin Dr. A durchf $_{\parallel}$ 4hren lassen. Dieser hat in seinem Gutachten vom 21. Dezember 1999 bei der Kl $_{\parallel}$ agerin folgende Krankheiten festgestellt:

- 1. chronisch rezidivierendes Schmerzsyndrom der Wirbelsäule,
- 2. Polyneuropathie beider Beine mit Verdacht auf toxische Genese,
- 3. ungeklärter rezidivierender Tremor mit Koordinationsstörungen beim Schreiben,
- 4. Verdacht auf psychosomatische ̸berlagerung bei Konversionstendenz mit Gefühl der Luftnot,
- 5. Verdacht auf Arzneimittel-Nebenwirkung bei habituellem Gebrauch von Dosieraerosolen fraglicher Indikation.

Er hat die KlĤgerin noch für fähig erachtet, vollschichtig körperlich leichte und mittelschwere Arbeiten im Freien und in geschlossenen Räumen ohne besondere Umgebungsbelastungen im Wechsel der Haltungsarten oder überwiegend im Sitzen, ohne einseitige körperliche Belastung mit weiteren qualitativen Einschränkungen zu verrichten; zusätzliche Pausen benötige die Klägerin nicht. Er hat im Falle einer zielgerichteten ärztlichen Behandlung eine Besserungsmöglichkeit gesehen.

In ihrer Stellungnahme dazu hat die Klägerin auf ihr Verfahren beim Versorgungsamt Berlin verwiesen, in dem ihr mit Bescheid vom 9. Februar 2000 ein Grad der Behinderung von 60 zuerkannt worden sei.

Sodann hat das SG mit Urteil vom 9. Mai 2000 die Klage abgewiesen und zur Begründung im Wesentlichen ausgeführt: Der Klägerin stehe keine Rente wegen Berufs- oder ErwerbsunfÄxhigkeit nach den §Â§ 43, 44 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) zu. Die KlAzgerin sei unter BerA¼cksichtigung ihres "bisherigen Berufes" und des von der Rechtsprechung zu zumutbaren VerweisungstÄxtigkeiten entwickelten Mehrstufenschemas bereits nicht berufsunfĤhig. Sie sei der Gruppe der ungelernten Arbeiter zuzurechnen und auf Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verweisbar, ohne dass es der Benennung einer VerweisungstĤtigkeit bedļrfe. Sie kĶnne zwar nach dem Ergebnis der medizinischen Beweiserhebung nicht mehr ihre letzte TÄxtigkeit ausführen, sei jedoch noch in der Lage, leichte Tätigkeiten unter Beachtung der aus dem Gutachten von Dr. Aersichtlichen qualitativen EinschrĤnkungen zu verrichten. Das SG folge dem Gutachten, dem eine ýberzeugende Auseinandersetzung mit dem Gesundheitszustand der KlĤgerin und insbesondere mit den psychischen Aspekten zu entnehmen sei. Da die KlĤgerin nicht berufsunfähig sei, sei sie auch weitergehend nicht erwerbsunfähig, wobei die Frage, ob die KlĤgerin einen leidensgerechten Arbeitsplatz finde, für den Rechtstreit ohne Belang sei, da damit das Risiko der Arbeitslosenversicherung angesprochen werde.

Hiergegen hat sich die KlĤgerin mit ihrer Berufung gewandt, mit der sie weiterhin eine Rente wegen Minderung ihrer ErwerbsfĤhigkeit beansprucht und eine unzutreffende Wù⁄₄rdigung ihres Gesundheitszustandes gerù⁄₄gt hat.

Nach Vorliegen weiterer aktueller Ĥrztlicher Unterlagen (u.a. Befundberichte der behandelnden Ä□rzte) hat der Senat von dem Gutachter Dr. A eine ergĤnzende Stellungnahme vom 19. April 2001 eingeholt, in der dieser in Kenntnis dieser Unterlagen eine Ä□nderung seiner EinschĤtzung nicht fýr erforderlich gehalten hat. Nach Vorliegen weiterer nervenĤrztlicher Unterlagen und erneuter Beiziehung der Schwerbehindertenakte (gemĤÄ□ Bescheid vom 6. November 2001 Grad der Behinderung 70) hat der Senat schlieÃ□lich eine Untersuchung und Begutachtung durch Dr. W veranlasst. Dieser hat in seinem neurologischen und psychiatrischpsychosomatischen Gutachten vom 9. Februar 2002 festgestellt, dass bei der KlĤgerin keine geistigen Erkrankungen vorlĤgen. Seelische BeeintrĤchtigungen lĤgen zum Teil persĶnlichkeitsimmanent im Sinne einer Konversionssymptomatik, d.h. dem Auftreten kĶrperlicher Symptome als Ausdruck

eines seelischen (unbewussten) Konflikts vor; dies gelte besonders bezüglich der Gang-StandstĶrungen und des psychogenen, wahrscheinlich phobischen Schwindels, wobei sich auch hier Diskrepanzen zwischen den objektiven Feststellungen und den anamnestischen Schilderungen der KlAzgerin ergeben hÃxtten. An körperlichen BeeintrÃxchtigungen fÃxnden sich leichte degenerative VerĤnderungen im Bereich des Achsenskeletts; das Bestehen einer extrapyramidalmotorischen Erkrankung habe bei der KlĤgerin aus dem Verlauf und klinisch nicht als bestehend angesehen werden kA¶nnen; es bestehe eine Polyneuropathie eher leichter Ausprägung, von der keine schwerwiegende Leistungseinschrägnkung ausgehe und es bestehe eine Alterssichtigkeit. Daraus ergĤbe sich, dass die Klägerin noch regelmäÃ∏ig leichte, vorübergehend auch mittelschwere körperliche Arbeiten verrichten könne ohne besondere Umgebungsbelastungen. Die TAxtigkeiten kA¶nnten im Gehen, Stehen, Sitzen oder im Wechsel dieser Haltungsarten ausgeübt werden, wobei ein bestimmter Wechsel der Haltungsarten nicht erforderlich sei. Einseitige kangenliche Belastungen seien möglich. Arbeiten unter Zeitdruck, in Nachtschicht, auf Leitern und Gerüsten sowie solche, die Fingergeschicklichkeit voraussetzen, seien nicht mĶglich. Er hat die KlĤgerin fļr fĤhig erachtet, noch vollschichtig mit den üblichen Pausen und ohne Besonderheiten für den Arbeitsweg tÃxtig zu sein und eine Besserung sowie Durchfļhrung eines Heilverfahrens bei entsprechender Motivation, die jedoch gegenwärtig nicht erkennbar sei, für möglich erachtet. AbschlieÃ∏end hat er ausgeführt, dass bei den festgestellten seelischen Störungen und den dadurch bedingten EinschrÄxnkungen des LeistungsvermĶgens persönlichkeitsimmanente Züge einer deutlichen Hypochondrie, aber auch einer Psychasthenie und einer Hysterie-AusprĤgung, wie auch in dem testpsychologischen Befund, hÄxtten herausgearbeitet werden kĶnnen; diese böten die Basis für die klinisch-manifeste konversionsneurotische Symptomatik in Form einer psychisch bedingten Gang- und StandstĶrung und eines psychisch bedingten Schwindels. Dabei werde dieses Geschehen von einer Begehrenshaltung, hier dem Begehren der Rente, überlagert. Des Weiteren bestehe eine verbalisierte Haltung, "es bleibt alles wie es ist", so dass hier die Gegebenheit eines Krankheitswertes beziehungsweise einer anteiligen Graduierung letztlich nicht eindeutig gegeben werden kA¶nne, zumal auch Aspekte eines sozialen Fehlverhaltens bestünden.

Im Hinblick auf eine zwischenzeitlich von der AOK Berlin mit Bescheid vom 31. Mai 2002 anerkannte Pflegebedýrftigkeit nach Pflegestufe 1 hat der Senat anschlieÃ∏end das dem zu Grunde liegende und auf einer Untersuchung am 22. April 2002 beruhende Gutachten von Frau Dr. P vom 13. Mai 2002 beigezogen und ergänzend bei der AOK Berlin nachgefragt, ob die bisherigen ärztlichen Untersuchungen und Begutachtungen in das dortige Gutachten eingeflossen seien. In der Antwort dazu ist ausgeführt worden, dass die Bewertung allein auf Grund eines Hausbesuches und ohne Kenntnis eines anhängigen Rentenverfahrens und diesbezüglich bereits vorliegender ärztlicher Bewertungen nach einer orientierenden Untersuchung mit Durchführung von Funktionsprüfungen erfolgt sei. Ferner hat der Senat erneut nach Anerkennung eines Grades der Behinderung von 80 (Bescheid vom 23. August 2002) die Schwerbehindertenakte beigezogen.

In der anschlieà end vom Senat veranlassten ergà nzenden gutachterlichen Stellungnahme vom 18. Dezember 2002 hat Dr. W sich ausfà ¼ hrlich mit dem weiteren medizinischen Aktenmaterial auseinandergesetzt und dargelegt, dass und weshalb den daraus ersichtlichen à nztlichen Bewertungen nicht gefolgt werden kà nne; so kà nne insbesondere auch dem Pflegegutachten von Frau Dr. P nicht gefolgt werden, weil es Diagnosen nenne, die so nicht zutrà fen und im à brigen die auch schon vom Vorgutachter Dr. A erwà hnten neurologisch-psychiatrischen Aspekte và llig unberà 4cksichtigt lasse. Ebenso wenig gebe die neue Einstufung des Versorgungsamtes Anlass zu einer abweichenden Beurteilung, da darin entscheidend nur auf das Pflegegutachten abgestellt werde.

Schlieà lich ist noch das nach Aktenlage erstattete arbeitsamtsà zrztliche Gutachten vom 23. Januar 2003 zur Akte gelangt.

Die KlÄzgerin beantragt nach dem Inhalt ihres Vorbringens,

das Urteil des SG Berlin vom 9. Mai 2000 sowie den Bescheid der Beklagten vom 23. November 1998 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 31. MĤrz 1999 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr ab 1. August 1998 Rente wegen ErwerbsunfĤhigkeit, hilfsweise wegen BerufsunfĤhigkeit, zu gewĤhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird zur Erg \tilde{A} xnzung des Tatbestandes auf die Gerichtsakte, die von der Beklagten vorgelegten Verwaltungsakten (Vers.Nr.) sowie die beigezogenen Akten des Versorgungsamtes Berlin (Az.:) und des Arbeitsamtes Berlin-Mitte (), die Gegenstand der m \tilde{A}^{1} 4ndlichen Verhandlung gewesen sind, Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ1/4nde:

Die zulĤssige Berufung ist unbegründet.

Die Klå¤gerin hat keinen Anspruch auf Gewå¤hrung einer Rente wegen verminderter Erwerbsfå¤higkeit. Weder nach den <u>â§å§ 43</u>, <u>44</u> des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch in der bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Fassung (SGB VI a.F.) noch nach den <u>â§å§ 43</u>, <u>240 SGB VI</u> in der Fassung des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfå¤higkeit vom 20. Dezember 2000 (<u>BGBl. I S. 1827</u>) besteht der geltend gemachte Anspruch.

Berufsunfähig ist nach <u>§ 43 Abs. 2</u> Sätze 1 und 2 SGB VI a.F. der Versicherte, dessen Erwerbsfähigkeit auf weniger als die Hälfte derjenigen von körperlich, geistig und seelisch gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist. Der Kreis der Tätigkeiten, nach denen die Erwerbsfähigkeit des Versicherten zu beurteilen ist, umfasst alle Tätigkeiten, die seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechen und

ihm unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfangs seiner Ausbildung sowie seines bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen seiner bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden können. Berufsunfähig ist nicht, wer eine zumutbare Tätigkeit vollschichtig ausþben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berücksichtigen (§ 43 Abs. 2 Satz 3 SGB VI a.F.). Hingegen besteht Erwerbsunfähigkeit bei solchen Versicherten, die wegen Krankheit oder Behinderung auf nicht absehbare Zeit auÃ∏er Stande sind, eine Erwerbstätigkeit in gewisser RegelmäÃ∏igkeit auszuüben oder Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zu erzielen, das ein Siebtel der monatlichen BezugsgröÃ∏e übersteigt. Erwerbsunfähig ist nicht, wer eine selbständige Tätigkeit ausübt oder eine Tätigkeit vollschichtig ausüben kann; dabei ist die jeweilige Arbeitsmarktlage nicht zu berücksichtigen (§ 44 Abs. 2 SGB VI a.F.). Da der Versicherungsfall der Erwerbsunfähigkeit an strengere Voraussetzungen geknüpft ist als derjenige der Berufsunfähigkeit, folgt aus der Verneinung von Berufsunfähigkeit ohne Weiteres das Fehlen von Erwerbsunfähigkeit.

Für die PrÃ⅓fung der Berufsunfähigkeit ist danach zunächst der "bisherige Beruf" zu bestimmen, der in aller Regel die letzte nicht nur vorübergehend vollwertig ausgeÃ⅓bte versicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit ist (vgl. BSG SozR 2200 § 1246 Nr. 126). Dies ist die von ihr zuletzt ausgeÃ⅓bte Tätigkeit einer (ungelernten) Verkaufshilfe in einem Postshop der P S GmbH (laut SG â∏ die Klägerin war dort zum Termin erschienen â∏ Zeitungsverkäuferin). Denn die bis zur Wende ausgeÃ⅓bte Beschäftigung als angelernte Galvaniseurin (Hilfsgalvaniseurin) hat sie nach Kurzarbeit aus betrieblichen GrÃ⅓nden verloren; gesundheitliche GrÃ⅓nde sind insofern nicht ersichtlich. Ob die Klägerin den danach maÃ∏gebenden Beruf einer einfachen Verkaufskraft unter Beachtung der bei ihr bestehenden Gesundheitsstörungen noch ausÃ⅓ben kann, bedarf keiner abschlieÃ∏enden PrÃ⅓fung. Denn selbst bei Verneinung einer solchen Einsatzmöglichkeit ist die Klägerin nicht berufsunfähig.

Ein Anspruch auf Rente wegen BerufsunfÄxhigkeit steht einem Versicherten nicht schon dann zu, wenn er seinen bisherigen Beruf nicht mehr ausļben kann. Hinzu kommen muss vielmehr, dass få¼r den Versicherten auch keine zumutbare Erwerbstätigkeit im Sinne des <u>§ 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI</u> a.F. mehr vorhanden ist, die er mit dem verbliebenen LeistungsvermĶgen noch ausfļllen kann. Das von der h

¶chstrichterlichen Rechtsprechung zur Zumutbarkeit einer VerweisungstÃxtigkeit im Sinne des <u>§ 43 Abs. 2 Satz 2 SGB VI</u> a.F. entwickelte Mehrstufenschema untergliedert die Angestelltenberufe in Anlehnung an die Rechtsprechung bezüglich der Arbeiterberufe in verschiedene Berufsgruppen. Ausgehend von der am geringsten qualifizierten TÄxtigkeit gibt es die Gruppen mit dem Leitberuf des "unausgebildeten Angestellten", des Angestellten mit einer Ausbildung von bis zu zwei Jahren (angelernter Angestellter), des Angestellten mit einer mehr als zweijĤhrigen Ausbildung und des Angestellten, dessen hohe QualitÃxt regelmÃxÃ∏ig auf einem Hochschulstudium oder einer vergleichbaren Qualifikation beruht (BSG, Urteil vom 22. Februar 1990 in SozR 3-2200 § 1246 Nr. 1). GrundsÃxtzlich darf ein Versicherter lediglich auf TÃxtigkeiten der jeweils niedrigeren Gruppe im VerhĤltnis zu seinem bisherigen Beruf verwiesen werden, soweit sie ihm weder nach seinem beruflichen KA¶nnen und Wissen noch

hinsichtlich seiner gesundheitlichen KrÃxfte überfordern.

Die KlĤgerin kann unter Beachtung dieser GrundsĤtze nur als angelernte Angestellte eingestuft werden. Ihre vorangehenden beruflichen TĤtigkeiten lassen bezüglich dieser BeschĤftigung nicht den Erwerb von Kenntnissen und FĤhigkeiten erkennen, die eine höhere Einstufung zulieÃ∏en. Mithin ist die Klägerin sozial zumutbar auf Tätigkeiten des allgemeinen Arbeitsfeldes verweisbar. Solche Tätigkeiten kann die Klägerin nach dem Ergebnis der medizinischen Beweiserhebung auch unter Beachtung ihrer Gesundheitsstörungen verrichten.

Dass die Kläugerin die danach noch (sozial) zumutbaren Täxtigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes mit ihren gesundheitlichen EinschrÄxnkungen vollschichtig ausüben kann, ergibt sich zur Ã∏berzeugung des Senats insbesondere aus dem von Dr. W auf Grund einer umfassenden Untersuchung der Klägerin erstatteten Gutachten. Dadurch sind die bei der Klägerin bestehenden GesundheitsstĶrungen und deren Auswirkungen auf ihre LeistungsfĤhigkeit hinreichend geklĤrt. Durchgreifende Bedenken, diese Bewertung zur Grundlage der Entscheidung zu machen, sieht der Senat nicht. Dass für die Beurteilung des LeistungsvermĶgens wesentliche GesundheitsstĶrungen unbeachtet geblieben sind, vermag der Senat nicht zu erkennen und ergibt sich auch nicht aus dem klägerischen Vorbringen. Auf die seitens der AOK Berlin (Pflegekasse) und seitens des Versorgungsamtes getroffenen Beurteilungen l\tilde{A}\tilde{x}sst sich entgegen der Auffassung der KlĤgerin der geltend gemachte Anspruch nicht grļnden. Der Senat folgt insofern der Auffassung des Gutachters Dr. W, dass die diesbezüglichen EinschÃxtzungen ohne ausreichende fachÃxrztlich kompetente AbklĤrung getroffen worden sind. So hĤtte eine angemessene und eventuell Zweifel am Ergebnis der Bewertungen des Rentenverfahrens weckende Begutachtung seitens der Pflegekasse mindestens erfordert, die hier vorliegenden Erkenntnisse und damit auch die Beschwerdeschilderungen der KlĤgerin kritisch zu wýrdigen. Dass dies auf Grund des offensichtlich zielgerichteten Verhaltens der KIägerin unterblieben ist (umgekehrt hat sie ihr gþnstig erscheinende Hinweise fortlaufend gegeben), belegt, dass die vom Gutachter Dr. W dargestellten Bedenken berechtigt sind. Auch die Wertung seitens des Versorgungsamtes basiert auf unvollstĤndigen Ĥrztlichen Unterlagen, weil die im Rentenverfahren erhobenen Ĥrztlichen Feststellungen offensichtlich nicht berļcksichtigt worden sind und eine eigene Untersuchung in jüngerer Zeit von dort jedenfalls nicht erfolgt ist. Die Darlegungen von Dr. W in seiner ergĤnzenden gutachterlichen Stellungnahme vom 18. Dezember 2002 zur UnzulĤnglichkeit der angefļhrten anderslautenden Bewertungen hÃxIt der Senat daher für plausibel. Es deutet auch nichts darauf hin, dass in jýngerer Vergangenheit eine wesentliche das Leistungsvermögen verringernde ̸nderung des Gesundheitszustandes der Klägerin eingetreten sein kA¶nnte. Ein eingeholter Befundbericht vom 24. Oktober 2001 nennt eine bedeutsame à nderung in den Jahren 1995 bis 1999, nicht aber danach. Mithin legt der Senat seiner Entscheidung zu Grunde, dass die KlĤgerin jedenfalls noch vollschichtig kA¶rperlich leichte Arbeiten mit qualitativen EinschrA¤nkungen verrichten kann. So kann die KlĤgerin unter Ausschluss von besonderen Umgebungsbelastungen, ohne Zeitdruck, nicht in Nachtschicht, ohne besondere

Fingergeschicklichkeit und ohne Tätigkeiten auf Leitern und Gerüsten arbeiten. Da sich daraus im Sinne der Rechtsprechung weder eine schwere spezifische Leistungsbehinderung noch eine Summierung ungewöhnlicher Leistungseinschränkungen (vgl. dazu die Beschlüsse des groÃ□en Senats des BSG vom 19. Dezember 1996 â□□ GS 1-4/95 â□□ GS 2/95 = SozR 3-2600 § 44 Nr. 8 â□□ sowie die nachfolgenden Entscheidungen des BSG, u.a. Urteil vom 20. August 1997 â□□ 13 RJ 39/96 in SozR 3-2600 § 43 Nr. 17, vom 24. März 1998 â□□ B 4 RA 44/96 R -, vom 25. März 1998 â□□ B 5 RJ 46/97 R â□□ und vom 24. Februar 1999 â□□ B 5 RJ 30/98 R in SozR 3-2600 § 44 Nr. 12) ergibt, bedarf es im Hinblick auf das vollschichtige Leistungsvermögen auch nicht der Benennung einer konkreten Verweisungstätigkeit.

Mithin steht fest, dass die Klägerin nicht berufsunfähig und damit auch nicht erwerbsunfähig ist, so dass ein Anspruch auf eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den §Â§ 43, 44 SGB VI a.F. nicht zusteht. Angesichts ihres verbliebenen vollschichtigen Leistungsvermögens ergibt sich auch keine andere Beurteilung für die Zeit ab 1. Januar 2001 auf Grund der durch das Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vom 20. Dezember 2000 (BGBI. I S. 1827) geänderten Rechtslage.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u> und folgt dem Ergebnis in der Hauptsache.

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde zur Zulassung der Revision gem $\tilde{A} \cong \tilde{A} \cong \tilde{A}$

Erstellt am: 26.09.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024